

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau

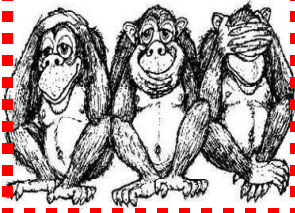
Ist das etwa christliche Familienpolitik?

Wieso kann ein syrischer Flüchtling, der in der Wetterau lebt und arbeitet, seine Familie nicht aus dem Kriegsgebiet holen?

Lesen Sie Seite 7

Skandale bei der Sparkasse: Bloß nichts sehen, nichts sagen und nichts verändern

Seite 6



***Lesen Sie auf Seite 3:* Ab Januar 2018 gelten neue Mietobergrenzen**

März/April 2018

Wird der Wetteraukreis Sozialwohnungen bauen?

In der Presse verkündete der scheidende Landrat Arnold die Gründung eines Zweckverbands zum Bau bezahlbarer Wohnungen. Dumm nur, dass der Kreisausschuss - immerhin die Kreisregierung - nichts davon wusste.

DIE LINKE setzt sich seit Langem für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft ein.

Große Artikel in den Zeitungen kündigten im Dezember die Initiative Arnolds an. Aber auf der Tagesordnung des folgenden Kreistags im Februar 2018 war dieser Punkt nicht zu finden. Auf Nachfrage teilte der Erste Kreisbeigeordnete Weckler (CDU) mit, im Kreisausschuss sei

das Thema noch gar nicht behandelt worden.

Was soll man denn jetzt glauben?

Arnold hatte in der Presse erklärt: Der Kreisausschuss hätte seinen Vorschlag akzeptiert und der Erste Kreisbeigeordnete stünde hinter

Fortsetzung auf Seite 4

Straßenbeiträge abschaffen!

Bayern will die Straßenbeiträge wieder abschaffen. In Hessen protestieren zahlreiche Bürgerinitiativen gegen diese Belastungen, denn die Bürger/innen zahlen schon genügend Abgaben. Jetzt erreichte der Protest auch den Hessischen Landtag.

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Straßenbeiträge abschaffen!

Auch im Wetteraukreis führten Kommunen Straßenbeiträge ein. Oft werden sie von der Kommunalaufsicht

dazu gezwungen. Andernfalls wird der Haushalt nicht genehmigt.

Die finanzielle Belastung der Bürger/innen ist oftmals ganz schön saftig: Zweistellige Tausenderbeiträge können ins Haus flattern - je nach Grundstücksgröße.

Protest lohnt sich!

Ob in Bad Hersfeld, Mörfelden-Waldorf oder Hanau: Überall regt sich Protest. Schlüchtern hat geklagt und vor Gericht verloren. Doch die massiven Proteste machen Druck auf die Landesregierung.

Kinderarmut nicht akzeptabel

Der Verein „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ veranstaltete am 22. Februar sein drittes Forum. Dieses Mal wurde über



Kinderarmut diskutiert und wie man sie bekämpfen kann. Fachkundiger Diskussionspartner war Prof. Dr. Michael Klundt, der seit Langem soziale Verhältnisse in Deutschland erforscht. Klundt nannte die Auswirkungen der Agenda 2010 als bedeutenden Armutsgrund: Der Niedriglohnssektor sichert Familien und vor allem alleinerziehenden Frauen kein ausreichendes Einkommen.

Gäste aus Kirchen, Gewerkschaften, sozialen Organisationen und Parteien waren gekommen. Wir hoffen nun, dass es zukünftig auch im Wetteraukreis ein gemeinsames Handeln gegen Kinderarmut geben wird.



DIE LINKE. brachte im Januar einen Gesetzentwurf in den Landtag ein. Sie will, dass Bürgerinnen und Bürger nicht länger für die grundlegende Sanierung einer Straße herangezogen werden. Bereits beim Bau der Straße mussten ja erhebliche Erschließungsbeiträge gezahlt werden. Außerdem erheben die Städte und Gemeinden Grundsteuern, die ja eigentlich die Infrastruktur gewährleisten sollen. Es geht auch nicht nur um einmalige Straßenbeiträge: Auch wiederkehrende Beiträge belasten die Anlieger zusätzlich. Der Gesetzentwurf der Linken wurde abgelehnt. Doch selbst die CDU dachte über eine Abschaffung nach. Damit sie diesen Gedanken bis zu Ende denkt, sollten noch viel mehr Menschen gegen Straßenbeiträge protestieren!

Alltag im Nervenkrieg - Wie das Jobcenter Menschen schikaniert

Folge 12:

Es ist oft die Summe der Belastungen, die Hartz4-Leistungsberechtigten das Leben schwer macht: verschwundene Unterlagen, vielfach kodierte Belege, entwürdigende Behandlung.

Trotz Urteil

Eine Frau mit Kind lebt in einer Wohngemeinschaft. Das Jobcenter verlangt vom Mitbewohner Einkommenserklärungen und will ihn zur Finanzierung heranziehen. Der Mitbewohner weigert sich, denn er ist nicht verpflichtet, die Frau und das Kind zu finanzieren. Nun verweigert das Jobcenter der Alleinerziehenden die Leistungen. Die Frau erstreitet ihr Anrecht auf Hartz4 vor dem Sozialgericht. Sie bekommt ihr Geld solange, bis sie einen Weiterbewilligungsantrag stellen muss. Jetzt fangen die gleichen Schikanen erneut an. Wieder klagt die Frau und wieder bekommt sie recht.

Kürzlich musste erneut ein Weiterbewilligungsantrag gestellt werden und wieder versagt das Jobcenter die Leistungen. Muss sie jetzt immer wieder klagen?

Verloren im Nirgendwo

Seit einem Jahr gibt es beim Jobcenter Wetterau elektronische Akten. Die Belege und Formulare werden jedoch nicht im Jobcenter selbst gescannt. Sie werden gesammelt und zu einer

Der Wetteraukreis hat seine Mietobergrenzen angepasst. Die neuen Obergrenzen finden Sie auf unserer homepage www.die-linke-wetterau.de unter Kreistag/Soziales. Ab 1.1.2018 gelten für Friedberg, Bad Vilbel, Karben, Rosbach, Wöllstadt und Bad Nauheim

1 Person	410 Euro
2 Personen	420 Euro
3 Personen	505 Euro
4 Personen	565 Euro
5 Personen	630 Euro
jeder weitere	85 Euro

Fremdfirma geschickt, die sie digitalisiert. Auf diesem Arbeitsweg gehen viele Unterlagen verloren. In der Sprechstunde der Linken Hartz4-Hilfe sprachen Betroffene vor, die drei- oder viermal ihre Dokumente eingereicht hatten. Sie hatten sogar einen Eingangsstempel als Beweis. Doch die Papiere waren verschwunden.

Sie haben eine Ausbildung?

Wer länger arbeitslos ist, erlebt sein blaues Wunder! Denn spätestens nach vier Jahren wird die Ausbildungsqualifikation nicht mehr in Ihrer Akte vermerkt. Sie gelten dann als ungelern.

Das kann auch passieren, wenn man nach längerer Krankheit beim Jobcenter landet. Eine Bibliothekarin oder ein IT-Spezialist werden dann zu einer Maßnahme verdonnert, in der man Briefe schreiben und einfachste Computerbedienung lernen soll. Das kostet Geld und bringt nichts.

Fortsetzung von Seite 1

Wird der Wetteraukreis Sozialwohnungen bauen?

dem Projekt. Was soll man jetzt glauben? Und besonders glaubwürdig ist Arnold in diesem Punkt nicht.

DIE LINKE bleibt hartnäckig

Die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft hat eine längere Geschichte mit vielen Widerständen.

DIE LINKE. beantragte 2015 eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft. Damals beauftragte der Kreistag den Kreisausschuss zu prüfen, wie kreiseigener Wohnungsbau verwirklicht werden könnte. Aber Arnold berichtete seither in keinem Ausschuss, in keiner Kreistagsitzung von der Prüfung. Der Linke Abgeordnete Kreich fragte im Februar 2017 nach und wurde von Arnold abgekanzelt: Er könne wohl den Debatten nicht folgen.

DIE LINKE. Kreistagsfraktion hat daraufhin eine Rüge wegen Verschleppung beantragt. Nun behauptete Arnold

im Kreistag dreist, er habe mehrmals in den Ausschüssen berichtet. Doch warum dann in den Protokollen der Ausschusssitzungen nie der Punkt Wohnungsbaugesellschaft auftaucht - diese Frage beantwortete er nicht.

DIE LINKE hat daraufhin im Dezember 2017 erneut eine

Rüge beantragt, die mit der Mehrheit von SPD und CDU abgewendet wurde.

Eines ist sicher: Von diesen seltsamen Manövern wird sich DIE LINKE. Kreistagsfraktion nicht verwirren lassen. Wir streiten weiter für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft!

Kommunen rufen Hessenmittel für den Wohnungsbau nicht ab

Oft sagen die verantwortlichen Politiker in den Städten und Gemeinden, ihnen fehle das Geld für bezahlbaren Wohnraum. Sie delegieren die Verantwortung nach Berlin und Wiesbaden. Dabei gibt es seit Jahren in Hessen einen Fonds für Wohnungsbau. Er lag zwar nur bei 40 bis 50 Millionen Euro, doch selbst von dieser bescheidene Summe haben die Kommunen des Wetteraukreises nichts abgerufen. Während die Wetterauer Politiker/innen schliefen, stieg der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum.

Jetzt hat das Land Hessen in Zusammenarbeit mit der

WI-Bank ein Förderprogramm für kommunale Investitionen aufgelegt. Bis zum Jahr 2020 werden 1,6 Milliarden Euro bereitgestellt. Ein großer Teil davon soll in den kommunalen Wohnungsbau fließen.

Butzbach und Bad Nauheim haben reagiert und Fördermittel beantragt. Andere Städte wie Friedberg, Karben, Nidda oder Niddatal schlafen noch immer.

Der Bedarf an neuen Wohnungen wird für den Wetteraukreis auf 24 200 geschätzt. Das bedeutet: Es müssten jährlich 1900 Wohnungen entstehen.

Vor allem preisgünstige Wohnungen!



Warum ist eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft so wichtig?

Wohnen ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch und jede Familie müssen sich eine Wohnung leisten können. Das ist eine vorrangige Aufgabe der Politik - auch der Kommunalpolitik!

Das Angebot an Wohnraum ist zu gering. Deshalb werden die Mietpreise immer teurer. Vor allem private Wohnungsbaugesellschaften können auf satte Profite hoffen, denn Kommunen suchen für ihre Baumaßnahmen meist einen Investor. Sie hoffen darauf, dass der Markt die Wohnungsfrage regelt. Doch der Markt regelt keinesfalls, dass jede/r eine bezahlbare Wohnung mieten

kann. Nur ausreichend sozial gebundener Wohnraum könnte die Mieten drücken. Dass so etwas funktioniert, beweisen Wien und Graz in Österreich. Sie haben einen hohen Bestand an Sozialwohnungen und bauen auch neue Häuser mit Mieten von unter 6 Euro pro m².

In Hessen jedoch sank der Bestand an Sozialwohnungen in den letzten zehn Jahren um mehr als 50 Prozent!

Bahnhöfe der S6: Noch nie was von Inklusion gehört?

Am 26. März 2009 hat die Bundesrepublik Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Danach sollen Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am „normalen Leben“ teilnehmen können. Inklusion soll der Normalfall sein. Das gilt natürlich auch für den öffentlichen Nahverkehr. Leider sind die meisten Wetterauer Bahnhöfe entlang der S6 nicht barrierefrei. Immer wieder wurde der Ausbau der Main-Weser-Bahn nach hinten verschoben und damit auch der barrierefreie Umbau der Bahnhöfe.

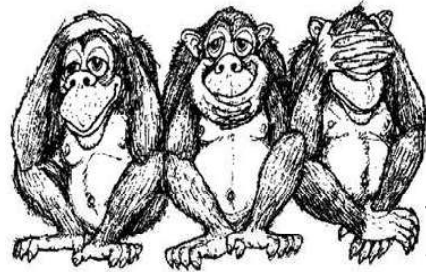
Laut einer Anfrage der Linken im Landtag, wird es frühestens 2022 mit dem Umbau losgehen. Aber auch dieser Termin wackelt schon wieder.

Die Wetterauer Bahnhöfe sind stark frequentiert und haben einen hohen Sanierungsbedarf. Doch es geschieht nichts.

Fortsetzung von Seite 1

Skandale bei der Sparkasse:

Bloß nichts sehen, nichts sagen und nichts verändern



Sorgfältig wird vermieden, dass die Skandale der Sparkasse Oberhessen öffentliche Beachtung finden. Angeblich, um das Geschäft nicht durch einen Vertrauensverlust zusätzlich zu schädigen. Aber wie wird garantiert, dass zukünftig solide gearbeitet wird, wenn alles unter der Decke bleibt?

Es geht um einen Millionenbetrug...

Den Betrug in Höhe von 8,7 Millionen Euro konnte niemand mehr vertuschen. Zu ungeheuerlich war der Vorfall. Doch viel bedeutender stellt sich die Frage: Wie war es überhaupt möglich, dass ein leitender Angestellter über so lange Zeit Millionen abzweigen konnte? Der Richter der Wirtschaftsstrafkammer Gießen sagte: „Das Kontrollversagen kann man als Totalausfall beschreiben.“ Der Betrüger war niemals überprüft worden - nicht einmal stichprobenartig. Er war auch nicht besonders vorsichtig: Das Geld buchte er immer vom selben Konto auf sein Berliner Konto um.

Seine Mitarbeiter konnten ihn nicht kontrollieren, weil sie keine ausgebildeten Bilanzbuchhalter sind.

Dennoch behauptete der zuständige Sparkassenvorstand Sedlak: „Die Kontrollen waren da und das System an sich wasserfest. Der Mann war halt ein Genie...“

...und fehlende Konsequenzen

Weder der Vorstand der Sparkasse noch der Aufsichtsrat sind nach dem Skandal zurückgetreten. Aufsichtsratsvorsitzender ist der ehemalige Landrat Arnold. Warum drang er nicht zumindest auf die Ablösung von Sedlak? Die Sparkasse ist eine Anstalt öffentlichen Rechts. Da hätte auch der Kreistag infor-

miert werden müssen. Das passierte erst auf Druck von Abgeordneten, zeitverzögert und wenig umfassend.

Und es gibt weitere Skandale

Seit Jahren kämpft ein mittelständischer Unternehmer um sein Recht. An seiner Insolvenz ist die Sparkasse Oberhessen nicht unschuldig. Weil z. B. zinsgünstige Darlehen nicht vermittelt wurden, mussten teure Zwischenfinanzierungen mit hohen Zinsen aufgebracht werden, die auch noch fehlerhaft berechnet wurden. Inzwischen hat der Mann beim Landgericht Gießen eine Saldenbereinigung von 500 000 Euro erstritten. Weitere Verfahren stehen noch aus. Der Sparkassenvorstand war bis heute nicht bereit, die Ansprüche des Mannes zu überprüfen und zu korrigieren. Stärkt so etwas das Vertrauen in die Sparkasse Oberhessen?

Fortsetzung von Seite 1



Gabi Faulhaber

Linke Kreistagsabgeordnete und Mitglied des Hessischen Landtags:

„Stellen Sie sich vor, Sie müssten längere Zeit von Ihren Kindern und Ihrem Partner getrennt leben. Es ist Krieg und Sie hören oft tagelang nichts von Ihrer Familie. Wie würde es Ihnen gehen? Ist das etwa gemeint, wenn die „christlichen“ Parteien vom Schutz der Familie reden?“

Nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten Kriegsflüchtlinge drei Jahre Aufenthalt. Doch daran hält sich die Bundesregierung nicht. Denn bei einem einjährigen Aufenthalt darf die Familie nicht nachkommen. Ohnehin wurde nun der Familiennachzug bis Juli 2018 ausgesetzt.

Das soll christlich sein?“

Ist das etwa christliche Familienpolitik?

Hussam ist ein 40-jähriger Flüchtling aus Syrien. Ich habe ihn in der Sprechstunde der Linken Kreistagsfraktion kennen gelernt. Lesen Sie seine Geschichte und urteilen Sie selbst: Ist das etwa christliche Familienpolitik?

Hussam stammt aus der Umgebung von Damaskus. Als der Krieg seine Heimat erreichte, musste er um das Leben seiner Frau und der beiden Kinder fürchten. Die Familie zu versorgen und in Sicherheit zu bringen, wurde immer schwieriger. Als er dann auch noch zum Militär eingezogen werden sollte, entschloss er sich zur Flucht. Seiner Familie wollte er den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nicht zumuten. Zwei kleine Kinder auf einem Gummiboot - das konnte er sich nicht vorstellen!

Hussam war überzeugt, dass er mit seinem starken Willen eine neue Heimat finden und Frau und Kinder so schnell wie möglich in eine stabile sichere Existenz nachholen würde. Und tatsächlich erreichte er Deutschland. Er wurde als Flüchtling anerkannt und

erhielt eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr. Er fand eine gute Arbeit bei einem engagierten Handwerker. Er mietete ein kleines altes Häuschen. Also beste Voraussetzungen für einen Familiennachzug. Und wer könnte sich eine bessere Integration wünschen?

Doch nun wurde die Möglichkeit für einen Familiennachzug bis Ende Juli 2018 ausgesetzt. Und danach können nur 1000 Menschen im Monat legal einreisen. Für Hussam brechen alle Hoffnungen zusammen. Die Sorge um die Familie setzt ihm zu. Trotz der Gefahr, die ihm als Wehrdienstverweigerer droht, Überlegte er „freiwillig“ zurück zu kehren. Aber auch das geht nicht: Im Ausländeramt Wetterau sind seine Papiere verschwunden. Niemand weiß, wo sie sind.

Sprechstunden im Roten Laden



Im Roten Laden, Usagasse 23, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der **Fraktion der Linken im Kreistag** sprechen. Kommen Sie doch einfach mal vorbei!



Wenn Sie Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt haben, steht Ihnen die „**Linke Hartz4-Hilfe Wetterau**“ ebenfalls montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr mit Rat und Tat zur Seite.

Am 28. Oktober ist Landtagswahl



Am 28. Oktober 2018 sind Landtagswahlen. DIE LINKE. Wetterau hat schon Direktkandidatinnen für die drei Wahlkreise der Wetterau gewählt. Das Foto zeigt sie mit ihren Stellvertretern: Wahlkreis 25 (Süd-Wetterau): **Anja El-Fechtali** und Peter Eickmann, Wahlkreis 26 (Ost-Wetterau): **Gabi Faulhaber** und Alexander Klietz, Wahlkreis 27 (Nord-Wetterau): **Fatma Demirkol** und Peter Zeichner.

So erreichen Sie **DIE LINKE.**

- Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi Faulhaber, Karben, Tel. 06039 7912, www.die-linke-wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de
- O Ich möchte Informationen über *DIE LINKE.*
- Mich interessiert besonders das Thema:

- O Ich möchte Mitglied der Partei *DIE LINKE.* werden.
- Name: _____
- Geburtsdatum: _____
- Beruf: _____
- Anschrift: _____
- Telefon: _____
- e-mail: _____